POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE DEZEMBER 2022 | 18. JAHRGANG



Wir wünschen Ihnen einen guten Rutsch und uns allen ein friedliches 2023!

Nicht nur gefühlt ist unsere Welt wieder ein Stück unfriedlicher geworden. Der Angriff Russlands auf die Ukraine Anfang des Jahres hat das für viele schmerzlich ins Bewusstsein gerufen. Aber nicht nur dort: Weltweit wachsen die Spannungen. Im indopazifischen Raum rüsten die USA und China, der Klimawandel führt zu neuen Verteilungskämpfen und dort wo Menschen wie im Iran für ihre Freiheit aufbegehren, werden sie brutal niedergeschlagen. Dieser Eskalationsspirale setzt sich DIE LINKE auch 2023 konsequent entgegen: Für Frieden und Menschenrechte, Abrüstung und Diplomatie! **Seiten 2 und 3**



Erinnerung an unsere Genossin Charlotte Lux

Nach einem bewegten Leben ist die bisher älteste Potsdamerin mit 109 Jahren – unsere Genossin Charlotte Lux - verstorben. Wir erinnern an unsere Charlotte. Außerdem: Ein Überblick über die Tätigkeit des autonomen Frauenzentrums und die Auslobung des Clara-Zetkin-Preises 2023

SEITE 5



Staudenhof muss erhalten bleiben!

Ein Bündnis fordert den Erhalt des historischen Gebäudekomplexes Staudenhof und den Umbau des Hauses zu einem klimafreundlichen und sozialverträglichen Modellprojekt. Außerdem: TOP 20 der Vorschläge für Bürgerhaushalt 23/24 an SVV übergeben.

SEITE 6



Gesamtmitgliederversammlung erkennt Sozial. DIE Linke an

Ein Blick zurück auf unsere Gesamtmitgliederversammllung am 26. November im Bürgerhaus am Schlaatz. Etwa 120 Genossinnen und Genossen waren anwesend und diskutierten mit.

SEITE 7

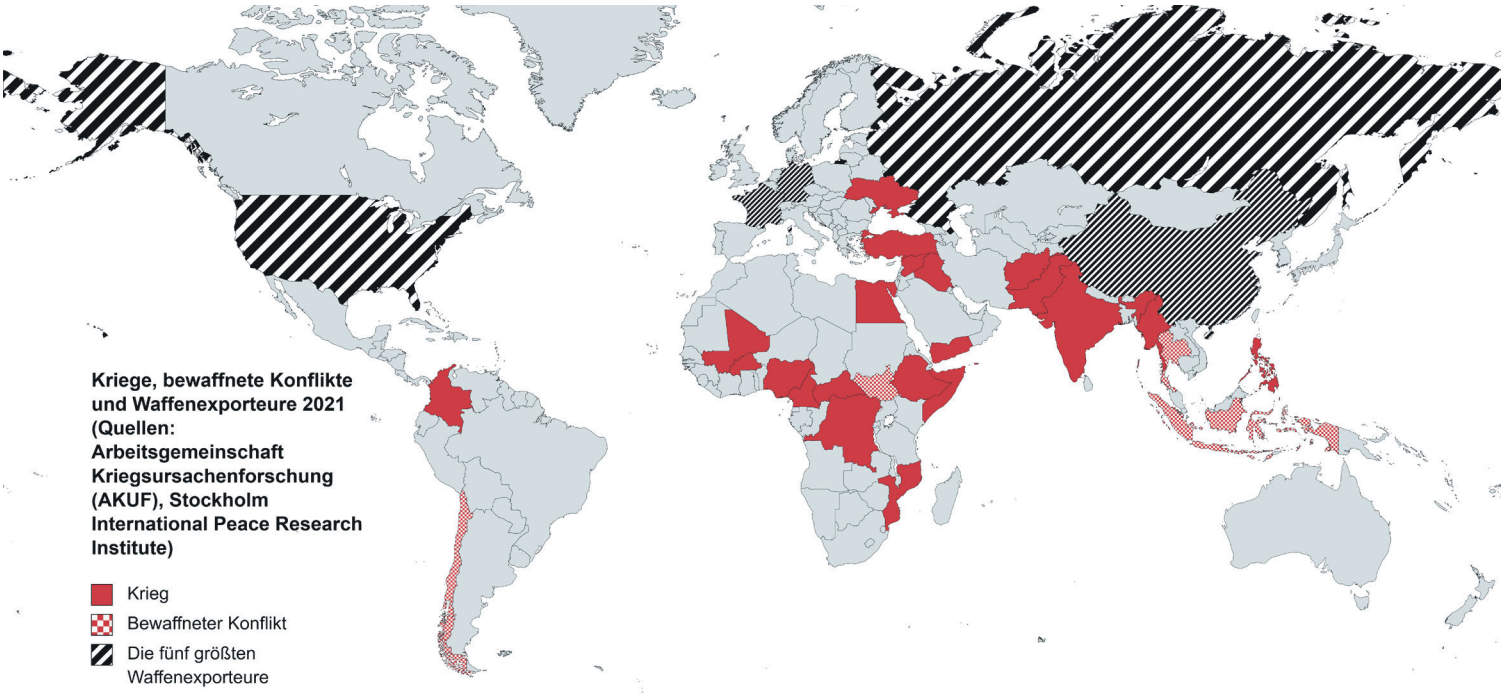
RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial. DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Themen: die Flächensicherung für ein Kiezbad Nord, die Stellenbesetzung der Landeshauptstadt, die Pflege des Volksparks. Weiter gibt es u. a. Neues über die Josephinen-Wohnanlage, die Forderung mietenpolitische Maßnahmen auszubauen, Pop-Up-Radwege einzurichten und Soziale Infrastruktur für Krampnitz

SEITEN I – IV



Gedenken und Handeln gegen Rechts

Im Januar 1933 haben die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht ergriffen. Zwölf Jahre später war Europa verwüstet, Millionen Menschen waren Opfer von Rassenwahn, Verfolgung und Krieg geworden. Auch heute sind Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein großes gesellschaftliches Problem; rechte Scharfmacher greifen die Grundfesten unserer Demokratie an. Von den Schrecken der NS-Diktatur können heute nur noch wenige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten. Auch deshalb brauchen wir eine lebendige Gedenkkultur, die unverzichtbarer Bestandteil eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der Geschichte und Voraussetzung für ein friedliches Miteinander ist. Diese Gedenkkultur muss zeigen, wohin gesellschaftlich akzeptierter Hass führen kann. Gemeinsam mit zahlreichen engagierten Brandenburgerinnen und Brandenburgern setzt sich die Fraktion DIE LINKE für ein umfassendes Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus ein und unterstützt den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Das haben wir bisher erreicht:

* Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung, Streichung des Begriffs »Rasse«

* Erklärung des 8. Mai zum offiziellen Gedenktag in Brandenburg

* Förderung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit 7,1 Mio. Euro, davon 3,8 Mio. Euro aus Landesmitteln (Stand 2020)

* Enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstätten-Stiftung, Gedenken von Landtag und Stiftung am 27. Januar und aus Anlass der Befreiung der Konzentrationslager

* Schaffung von zwei Fachstellen: Antidiskriminierung (Opferperspektive e.V.) und Antisemitismus (Moses-Mendelssohn-Zentrum)

* Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma

Kampf gegen Rassismus und Gedenken sind ständige Aufgaben

* Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen

* Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

* Herstellung von Transparenz zu rechten Gewalt- und Straftaten

* Angemessene Finanzierung der Brandenburgischen Gedenkstätten-Stiftung

* Ausbau der historisch-politischen Bildung

Nachfolgemagazin der „Clara“

Die LINKE-Bundestagsfraktion gibt eine neue Zeitung heraus. Sie tritt die Nachfolge der „Clara“ an und kann unter dem angegebenen Link auch abonniert werden. Das Abo ist gratis. Zudem steht sie unter dem Link auch als Online-Ausgabe zur Verfügung. Bisherige Empfänger:innen der „Clara“ werden nicht automatisch weiterbeliefert.



Also bestellt gern neu unter: https://www.linksfraktion.de/links-zeitung/

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 02. Februar 2023

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



Während die Welt auf Katar blickt..

.., bombardiert das NATO-Mitglied Türkei kurdische Städte in Syrien und im Irak. Dabei kamen in den vergangenen Tagen mehr als 30 Menschen ums Leben. So auch Hediye Abdullah: Vor ein paar Tagen noch kritisierte die kurdische Aktivistin das internationale Schweigen zum Drohnenkrieg der Türkei. Sie war nach einem ersten Bombardement zu Hilfe geeilt, doch dann fiel auch sie den türkischen Bomben zum Opfer. Janine Wissler verurteilt die türkischen Angriffe auf syrisches Territorium in Syrien und im Irak scharf und fordert eine klare Verurteilung auch von der Bundesregierung: „Die Bundesregierung muss ihr Schweigen brechen!“ Der Geschäftsführende Parteivorstand verabschiedete Ende November 2022 eine Solidaritätserklärung, in der unter anderem ein sofortiger Stopp von Rüstungsexporten in die Türkei und ein Ende der Zusammenarbeit mit türkischen Sicherheitsbehörden gefordert wird.

Özlem Demirel von der Fraktion THE LEFT im Europaparlament übt ihrerseits scharfe Kritik an der Haltung der EU: „Gelten das Völkerrecht und das Prinzip der Souveränität nicht, wenn es sich beim Aggressor um einen NATO-Staat handelt? Dieses heuchlerische Verhalten der EU muss aufhören und alle Mittel in Gang gesetzt werden, damit die Aggression des Erdoğan-Regimes ein Ende hat.“

Kriege weltweit: Bescherung für die Rüstungsindustrie

Weihnachten, das ist für viele das Fest des Friedens. Und so werden gerade zahlreich Geld- und Sachspenden gesammelt, mancherorts Gebete gesprochen, andernorts Appelle verfasst. Besonders stehen in diesem Jahr die Menschen in der Ukraine im Fokus, die unter dem verbrecherischen Krieg Putins leiden. Aber auch andernorts bringen Kriegsherren Zerstörung und Verwüstung über Menschen. So waren laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk Ende 2021 89,3 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten vor Krieg und Gewalt. Insgesamt 28 Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen zählte die in Hamburg ansässige Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) für das Jahr 2021. Das Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIIK) kommt gar auf



20 Kriege, sowie 20 weitere begrenzte Kriege.

Vieler dieser Kriege sind in unserer alltäglichen Wahrnehmung weniger präsent als der Krieg in der Ukraine. Das mag daran liegen, dass manche dieser Konflikte schon seit Jahrzenten andauern oder auch daran, dass der Bezug zur Ukraine und zu Russland aufgrund geografischer Nähe, vielleicht auch eigener Erfahrungen und Bekanntschaften größer ist. Doch sind sie bei weitem nicht weniger blutig. Einer dieser Konflikte ist der Krieg, den die türkische Regierung gegen die Kurd:innen im Südosten der Türkei, aber auch in Nordsyrien und dem Nordirak führt. Auch wenn dieser Konflikt beständig neue Tote hervorbringt, so erhält er bei uns doch eher selten Aufmerksamkeit. Sehr zur Freude deutscher Waffenschmieden. Diese verdienen mit ihrem Türkeigeschäft seit Jahrzehnten Milliarden. Dass sich daran etwas ändert, davor muss man auf den Weihnachtsfeiern von Rheinmetall und Co. wohl keine Angst haben. Denn trotz aller anderslautenden Bekundungen, wollte Wirtschaftsminister Robert Habeck bereits im September sicherstellen, dass es auch für allzu böse Buben etwas auf dem Gabenteller gibt: Über eine Ausnahmeregelung werden nun - trotz „Exportstopp“ - wieder Waffen an das am Jemen-Krieg beteiligte Saudi-Arabien geliefert. Schöne Bescherung.

Konstantin Gräfe

„Kriegsverrat ist Friedenstat!“

Erinnerungen zum 101. Geburtstag des Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Bauman



Ludwig Baumann (Foto) wurde am 13. Dezember 1921 als Sohn eines Tabakgroßhändlers in Hamburg geboren. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er in Hamburg. 1940 wurde Ludwig Baumann als 19-Jähriger in die Wehrmacht eingezogen. Am 3. Juni 1942 desertierte er zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg bei Bordeaux in Frankreich. Am folgenden Tag wurden beide von deutschen Grenzposten gestellt und festgenommen. Ludwig Baumann und Kurt Oldenburg ließen sich ohne Widerstand festnehmen, obwohl sie bewaffnet waren. Ludwig Baumann erklärte diese Situation später: „Wir hätten auf Menschen schießen müssen und das wollten wir nicht.“ Am 30. Juni 1942 wurde Ludwig Baumann wegen „Fahnenflucht im Felde“ zum Tode verurteilt. Die Zeit danach verbrachte er in permanenter Todesangst. Ludwig Baumann wurde zunächst im Konzentrationslager Esterwegen und danach im Wehrmachtsgefängnis Torgau eingekerkert. Wie auch andere durch die NS-Justiz Verurteilte wurde Ludwig Baumann in das so genannte Bewährungsbataillon 500 an die Ostfront gezwungen. Ludwig Baumann kehrte aus der Kriegsgefangenschaft in Russland in die bundesdeutsche Gesellschaft zurück, die Deserteure als „Verräter“ und „Feiglinge“ ächtete. Im Jahr 1990 gründete er mit etwa 40 noch lebenden Wehrmachtsdeserteuren und einigen engagierten Wissenschaftlern und Historikern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Die Bundesvereinigung kämpfte um eine Aufhebung der damals immer noch bestehenden Unrechtsurteile gegen Deserteure, so genannte Wehrkraftzersetzer und Selbstverstümmler sowie gegen weitere Opfer der NS-Militärjustiz. Das Ziel einer vollständigen Rehabilitierung wurde erst 2002 mit dem Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege erreicht.

Ludwig Baumann engagierte sich auch in der Friedensbewegung und für eine gerechtere Welt. Im Jahr 1994 wurde Ludwig Baumann mit dem „Sievershäuser Friedenspreis“ und 1995 mit dem „Aachener Friedenspreis“ ausgezeichnet. 2007 erhielt er den Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon, Bremen. Die eigens dafür gegründete Potsdamer Initiative schlug ihn zur Nominierung für den Friedensnobelpreis im Jahre 1996 vor. Die Annahme des Bundesverdienstkreuzes hat Ludwig Baumann u. a. deshalb abgelehnt, „weil ich keinen Orden haben will, den auch ehemalige Nazis tragen.“

Ludwig Baumann starb im Juli 2018 in einem Bremer Altenheim.

Bernd Martin

Historisches Kalenderblatt: Holocaust- Gedenktag



ÜBERLEBENDE IM KZ AUSCHWITZ BEI DER BEFREIUNG DURCH SOWJETISCHE TRUPPEN ENDE JANUAR 1945.

Am Morgen des 27. Januar 1945 erreichten die Truppen der Sowjetarmee das Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz bei Krakau und befreiten die noch verbliebenen 7000 Häftlinge.

Eine Millionen Juden, Tausende Sinti und Roma, Polen und deutsche Antifaschisten waren in diesem größten Lager von 1940 bis zu diesem Tag von den Nationalsozialisten systematisch gequält und umgebracht worden.

Insgesamt sind schätzungsweise 6 Millionen Menschen jüdischer Herkunft aus den verschiedensten Ländern Europas der systematischen Vernichtungspolitik des NS-Staates zum Opfer gefallen, ein in der Geschichte einmaliges Verbrechen, das niemals in Vergessenheit geraten darf. Die Bildungsminister der im Europarat vertretenen Staaten beschlossen deshalb im Oktober 2002 einen jährlichen Gedenktag an den Holocaust und für die Verhütung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzuführen. Durch die Bundesregierung wurde dafür wie in einigen anderen Ländern der 27. Januar ausgewählt. Mit einer Gedenkstunde im Bundestag und zahlreichen anderen Veranstaltungen, auch in Potsdam und Umgebung, wird auch 2023 diesem Anliegen entsprochen. Traditionell findet dieses Ziel auch die Unterstützung der Linken und wir sind aufgerufen, an entsprechenden Aktionen teilzunehmen. Nun hört man aber manchmal die Meinung, das ist doch inzwischen weit über siebzig Jahre her, mal muss doch mit dem Erinnern Schluss sein, zumal es kaum noch überlebende Zeitzeugen gibt. Genau das Gegenteil ist richtig. Es sind nicht nur mehrere Generationen nachgewachsen, die wenig über diese Zeit wissen, es haben auch viele Gedenkstätten im Laufe der Jahre an Anschaulichkeit verloren. Vor allem aber haben nicht nur in Deutschland Kräfte an Einfluss gewonnen, die die Verbrechen der Nationalsozialisten relativieren oder gänzlich leugnen. Antisemitismus ist bis in die Mitte der Gesellschaft wieder hoffähig geworden, wenn auch manchmal noch hinter vorgehaltener Hand. Antisemitische Straftaten haben deutlich zugenommen. Mehr Aufklärung in den Schulen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen wäre wünschenswert und sicher auch mehr Engagement von Polizei und Justiz. Es kommt aber auch auf den Einsatz eines Jeden von uns an, in Wort und in Tat.

Wir müssen uns auch dagegen wehren, das antisemitische Positionen von nach Deutschland geflüchteten Personen als Grund für den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland gesehen werden. Das ist ein Spiel über die Bande, das wir nicht akzeptieren können. Der zunehmende Antisemitismus in diesem Land hat vor allem tiefe Wurzeln in der deutschen Geschichte.

Dr. Hans-Joachim Koch

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Dezember 2022

GRENZEN UND RÜCKSCHLÄGE



In der letzten Stadtverordnetenversammlung dieses Jahres stieß besonders ein Tagesordnungspunkt bitter auf. Ein Rechtsgutachten hat nun aufgezeigt: der 2020 nach großem Kampf gefasste Beschluss zur Einführung des TVöD im städtischen Klinikum (Foto) ist nicht für alle Bereiche des Unternehmens umsetzbar. Für die Poliklinik und die Sozial GmbH beantragte die Verwaltung daher nun die Aufhebung des damaligen Beschlusses. Die Umsetzung scheitert nicht am fehlenden politischen Willen oder fehlendem Geld. Die Stadtverordneten wollen die notwendigen Mittel aus dem städtischen Haushalt bereitstellen. Denn gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung sind eine Frage der Gerechtigkeit – gerade in den Einrichtungen, die wir alle jeden Tag brauchen.

Aber das Wettbewerbsrecht schließt aus, dass in diesen Bereichen städtische (!) Unternehmen aus dem kommunalen Haushalt bezuschusst werden. Gleichzeitig zahlen die Kostenträger, vor allem Kranken- und Pflegekassen nicht genug, um die Umsetzung des TVöD in den ambulanten Bereichen zu ermöglichen. Klingt absurd? Ist es auch! Und es zeigt eindrücklich, dass die Gesundheitsfürsorge dringend und konsequent dem Markt entzogen werden muss. Die Fraktion „Sozial. DIE LINKE." hat den Beschlussvorschlag der Verwaltung deshalb um einen Ergänzungsantrag erweitert: der Oberbürgermeister wird dadurch beauftragt, mit der Landes- und Bundesregierung und weiteren Akteuren über einen rechtssicheren Weg zu verhandeln, mit dem die Umsetzung des TVöD für alle Mitarbeitenden in den Töchtern des Klinikums ermöglicht werden kann. Am besten wäre es, gesetzliche Mindeststandards für die Bezahlung der Beschäftigten zu definieren, die dann durch die Kostenträger auch zu finanzieren sind. Das wäre richtig und konsequent. Und würde auch den kommunalen Haushalt von einer Aufgabe entlasten, die keine originär städtische ist.

Der Antrag ist zur Beratung noch einmal in den Hauptausschuss überwiesen worden. Im Ergebnis gibt es derzeit allerdings keinen Entscheidungsspielraum. EU-Recht verhindert letztlich eine gerechte Bezahlung im Klinikum. Das ist inakzeptabel!

Unser Klinikum und seine Mitarbeitenden sind unverzichtbar für die Gesundheitsfürsorge in Potsdam und weit darüber hinaus. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst. Die Rahmenbedingungen, die uns Bundes- und Landespolitik setzen, sind denkbar schlecht. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir werden unser Engagement so lange fortsetzen, bis alle Kolleg:innen im Klinikum und seinen Töchtern gleich gerecht bezahlt werden!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Mit auf den Weg...



Das Jahr 2022 geht zu Ende. Das Weihnachtsfest und der Start ins neue Jahr stehen vor der Tür. Viele Menschen stellen sich die Frage: Was war das für ein Jahr für mich ganz persönlich, für die Familie, für mein Umfeld?

In meiner Bilanz landen in diesem Jahr leider viele negative Dinge: Es ist Krieg, nun auch wieder in Europa. Das Leben ist spürbar teurer geworden, die Unsicherheit wächst. In diesem Jahr waren die Herausforderungen in der Stadtverordnetenversammlung und in der Partei besonders hoch und das Umgehen mit ihnen sehr kräftezehrend.

Andererseits: Ich bin gesund, habe mich den Herausforderungen gestellt, konnte mich dabei auf viele Gleichgesinnte und deren Engagement verlassen. Den Willen und den Mut, auch im neuen Jahr die anstehenden Aufgaben anzupacken, habe ich nicht verloren. Dabei hilft mir sehr, dass so viele PotsdamerInnen den Gedanken des solidarischen Miteinander ebenfalls hochhalten. Die selbstlose Unterstützung der Geflüchteten, die von Vereinen und Verbänden geleistete Hilfe für Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, das Engagement von BürgerInneninitiativen, der freiwilligen Feuerwehren, der Kirchen, um nur einige gesellschaftlich Aktive zu nennen, sind es, die den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt ausmachen. Sie stellen sich dem wachsenden Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten entgegen. Ihnen allen sage ich dafür Dankeschön! Und das ausdrücklich auch im Namen der Fraktion Sozial. DIE LINKE. Auch wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, wirklich allen ein gutes und sozial sicheres Leben zu ermöglichen. Einige Vorhaben aus diesem Jahr bleiben auch für 2023 auf dem Zettel. Obwohl die ProPotsdam Mieterhöhungen bis Oktober 2023 und Wohnungsräumungen sogar bis Juni 2024 ausgeschlossen hat, bleibt beim Thema „Bezahlbares Wohnen für alle" noch viel zu tun. Es braucht mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum. Dafür müssen auch Genossenschaften und die großen privaten Vermieter Verantwortung übernehmen. Der breit getragene Appell „Retten wir den Staudenhof- gemeinsam die Bauwende gestalten" – zeigt eine neue Richtung auf und wir unterstützen ihn.

Weder Krieg, noch Inflation, die vielen Ungewissheiten und die wenig strategisch ausgerichtete Politik der Bundes- und Landesregierung werden mein und unser ehrenamtliches Engagement bremsen. Im Gegenteil: Wir nehmen es als Herausforderung!

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Staudenhof erhalten!



Bei Gespächen mit Potsdamer:innen wurden und werden wir regelmäßig zur Sanierung des Staudenhofs und v.a. des Quartierstreffs Staudenhof angesprochen und aufgefordert, uns für dessen Erhalt einzusetzen. Die Linke Potsdam hat dazu auf der GMV im Sommer 2022 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Im Wohngebäude Staudenhof wohnen über 230 Kinder und Erwachsene. Sie sollen in 2023 ausziehen. Wohin eigentlich? Es gibt jetzt schon nicht genügend Wohnraum in Potsdam und im kommenden Jahr erwartet der Oberbürgermeister weitere 2.500 bis 3.000 Geflüchtete.

Wir können auf keine einzige Wohnung verzichten, geschweige denn 186 Wohnungen für Geflüchtete abreissen. Am Mittwoch, den 07.12., wurde in der Stadtverordnetenversammlung der Aufruf „Retten wir den Staudenhof“, getragen vom einem breiten Bündnis aus Verbänden, Vereinen, Kammern und Einzelpersonen an den Oberbürgermeister übergeben. Mittlerweile hat der Aufruf über 500 Unterschriften. Die LINKE Potsdam ist Teil dieses Bündnisses. Im Bürgerhaushalt 2022 hat der Bürgervorschlag „Staudenhof erhalten und sanieren“ über 6.600 Stimmen erhalten. Dieser Bürgervorschlag wurde am Mittwoch als Antrag zum Erhalt und Sanierung des Stauenhofs in die Fachausschüsse zur Beratung durch die Stadtverordneten überwiesen. Wir Linke werden weiter dafür kämpfen, dass der Bürgerwille zum Erhalt und Sanierung des Gebäudes endlich berücksichtigt wird.

Dr. Anja Günther

Fragen und Antworten

Flächensicherung Kiezbad Nord

In der Mitteilungsvorlage wurde deutlich gemacht, dass in Krampnitz eine Fläche für das dringend notwendige Kiezbad Nord bau- und eigentumsrechtlich gesichert werden könnte, aber erst im Rahmen der fortgeschriebenen Masterplanung berücksichtigt werden kann und soll. Seitdem ist es mit dem Kiezbad nicht weiter vorangegangen, trotz eindeutigen SVV-Beschlusses. Nach fachlicher Einschätzung der Bäderlandschaft Potsdam und dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird der konkrete Bedarf für ein neues Schwimmbad mittelfristig gesehen, um ernsthaften Nutzungskonflikten rechtzeitig entgegenwirken zu können.“ Es sind jedoch trotz des Beschlusses und der eindeutigen Verwaltungszahlen weiterhin keine Fortschritte erkennbar und auch keine weitere Planung, trotz des eindeutigen Beschlusses von 2019. Daher fragte die Stadtverordnete Tina Lange, welchen Sachstand zur Flächensicherung zum notwendigen Kiezbad Nord kann die Verwaltung berichten?

Der Entwicklungsträger hat eine Fläche am Krampnitzsee für ein Kiezbad identifiziert. Baurechtlich ist dieser Ort noch nicht gesichert. Zudem müsste ein Neubau über den Haushalt finanziert werden, entsprechende Beschlüsse gibt es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, so der Baubeigeordete Bernd Rubelt. Lange fragte nach, ob ein weitergehender Beschluss nötig sei. Rubelt: „Definitiv. Den Grundsatzbeschluss bräuchte es an dieser Stelle schon.“ Ok, wir bleiben dran!

Stellenbesetzung der Landeshauptstadt Potsdam

Seit einigen Jahren ist die Stellenbesetzung der Landeshauptstadt Potsdam ein Thema von besonderer Dringlichkeit. Die Zahl der Besetzungsverfahren konnte 2021 bereits um ein Drittel gesteigert werden. Zur weiteren Steigerung der Zahl der erfolgreichen Verfahren sollte ab dem 01.09.2022 auch kostenpflichtige Stellenanzeigen in den großen Online-Portalen über eine Personalmarketing-Agentur erfolgen. Der Stadtverordnete Sascha Krämer fragte nach den Auswirkungen, die das Werben auf diesen kostenpflichtigen Plattformen für die Personalfindung der LHP habe.

Antwort der Verwaltung: Die Wirkung von Personalwerbung auf kostenpflichtigen Online-Portalen kann aktuell noch nicht statistisch ausgewertet werden. Grund, es werde dazu einfach keine Statistik geführt. Ok, es wird also geworben, aber noch sind keine Auswirkungen messbar. Oder? Nee, auf Nachfrage räumte der zuständige Dezernent ein, dass bisher noch gar nicht auf kostenpflichtigen Online-Portalen geworben worden sei. Das heißt, es wurden keine Daten über nicht vorhandenen Maßnahmen erhoben. Sehr irritierend. Wir hoffen, die Verwaltung wirbt bald auf diesen Portalen, um die fehlenden Fachkräfte für die Stadt zu rekrutieren.

Pflege des Volksparks

Der städtisch Volkspark ist ein beliebter Park für Klein und Groß sowie Jung und Alt. Die neue Wohnbebauung entlang der Georg-Herrmann-Allee hat nicht nur die Parkfläche reduziert, sondern führt auch sichtbar zu einer vielfach stärkeren Nutzung. Das hat neben den Folgen des Klimawandels erhebliche Auswirkungen für die Bewirtschaftung des Parks. Es werden immer mehr finanzielle Mittel für die Pflege-, Instandhaltungs- und Instandsetzungs- maßnahmen benötigt, die aufgrund der Haushaltslage ggf. in den kommenden zwei Jahren nicht durchgeführt werden können. Gleichzeitig diskutieren wir immer noch über städtische Zuschüsse an die SPSG in Höhe von 1 Million Euro pro Jahr, damit die Gärten der Stiftung weiterhin einen kostenlosen Eintritt haben. Die SPSG verweist bei ihrer Förderung nach städtischer Unterstützung auf den Erhalt des Pflegestandards. Daher fragt der Stadtverordnete Sascha Krämer die Verwaltung, welche Möglichkeit sie sieht, dass diese finanziellen Mittel für die Pflege des Volksparks genutzt werden können?

Die Stadt hat ab 2024 noch kein Geld für den Parkpflegezuschuss an die Schlösserstiftung eingeplant. Deshalb könne man aktuell auch nicht über eine Umwidmung des Geldes für die städtischen Grünanlagen diskutieren. Zugleich habe aber man auch selbst Mehrkosten in den kommunalen Grünanlagen. Weitere Fragen müssen aus Sicht des Stadtverordneten geklärt werden: Welchen zusätzlichen Aufwand bedarf es um künftig für den Volkspark einen mit den SPSG-Anlagen vergleichbaren Pflegestandard zu sichern? Wie wird die Verwaltung bei der Bewirtschaftung des Volksparks mit dem steigenden Nutzungsdruck und den Auswirkungen des Klimawandels künftig umgehen, wenn keine zusätzlichen Gelder in den nächsten Haushaltsjahren zur Verfügung stehen?

Neues über die Josephinen-Wohnanlage

Ende November verkündete Bernd Rubelt, Beigeordneter für u.a. Stadtentwicklung, im Bauausschuss, dass die Stadt ein Verfahren zum Verbot der Nutzung der früheren Senionior:innenwohnanlage in der Burgstraße als Ferienapartments eingeleitet habe. Grundlage hierfür ist die Nutzungsgenehmigung als Wohngebäude. Gegen diese verstößt eine gewerbliche Vermietung. Teil des formellen Verfahrens ist die Ermöglichung zur Stellungnahme durch die Eigentümer. Da diese sich innerhalb der durch die Stadt gesetzten Frist zurückgemeldet haben, findet nun ein Anhörungsverfahren statt, das aller Voraussicht nach bis Ende des Jahres andauern wird. Wir müssen uns also ein weiteres Mal gedulden, werden als Fraktion aber weiterhin nachhaken, um alle rechtlichen Wege zur Unterbindung des skandalösen Verhaltens der MK Kliniken, auszuschöpfen. Die Online-Plattform, auf der die Ferienwohnungen inseriert werden, hat zudem angekündigt, die Inserate notfalls selbst sperren zu wollen.

Informationsstelen an Orten der NS-Zwangsarbeit



STOLPERSTEINE IN POTSDAM

Auch in Potsdam wurden während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Lager für Zwangsarbeiter:innen errichtet, die in Gewerbebetrieben, in der Industrie und in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Bereits im Jahr 2006 verpflichtete sich die Stadt Potsdam mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (06/SVV/0545), „an ausgewählten Orten in Potsdam für eine angemessene Kennzeichnung, die an die Leiden und Opfer der Zwangsarbeiter aus ganz Europa erinnert, Sorge zu tragen."

Wir möchten die Umsetzung dieses Beschlusses forcieren und mit unserer Initiative die beiden genannten Orte als authentische und exemplarische Beispiele für Orte der NS-Zwangsarbeit in Potsdam in das öffentliche Bewusstsein rücken.

Deshalb haben die Fraktionen DIE aNDERE und DIE LINKE den Oberbürgermeister beauftragt, ein inhaltliches Konzept zur Schaffung von Lern- und Erinnerungsorten zur Zwangsarbeit in der NS-Zeit im Potsdamer Stadtgebiet zu erarbeiten. Dabei soll in einem ersten Schritt die bereits vorhandene Stele in der Großbeerenstraße (Höhe Apolloniahaus) in das Konzept einbezogen und die Errichtung weiterer Stelen in der Grünstraße/Großbeerenstraße und in der Friedrich-Engels-Straße geprüft werden.

Überwiesen

Städtische Dienstleistungen im Karstadt-Gebäude

Vor gut zwei Monaten trat die Krise von Karstadt auf unsere stadtpolitische Agenda. Wie können wir das Kaufhaus halten und attraktiver gestalten? Ein Ideen ist es städtische Dienstleistung zu integrieren. Daher thematisierten wir dies in der 34. Stadtverordnetenversammlung.

Im Zuge der Neuordnung der Verwaltungsstandorte und des geplanten Umbaus des Verwaltungscampus ist die Prüfung verschiedener Standortoptionen und möglicher Synergieeffekte sinnvoll. Insbesondere Verwaltungsdienstleistungen mit viel Publikumsverkehr könnten dabei an geeigneten Standorten angesiedelt werden. In vielen deutschen Städten finden wir städtische Dienstleistungen in Einkaufspassagen, Bahnhöfen, Kaufhäusern o.ä. Die dezentrale Verteilung der städtischen Angebote kann dabei auch zu einer besseren Erreichbarkeit und höheren Leistungsfähigkeit beitragen. Wir haben die Verwaltung aufgefordert, für den Fall einer positiven Entscheidung der Gläubigerversammlung und der damit verbundenen Fortführung des Galeria-Standorts in Potsdam, im Rahmen der Neuordnung der Verwaltungsstandorte Gespräche sowohl mit dem Eigentümer des Kaufhauses „Stadtpalais", als auch der Galeria Karstadt Kaufhof GmBH zuführen und zu prüfen, ob und wie bürgernahe städtische Dienstleistungen wie z.B. der Bürgerservice oder ein Familienbüro in das Gebäude zu integrieren sind. Ebenfalls zu prüfen ist die Integration sozialer Angebote Dritter, z.B. für Kinder und Jugendliche oder die zur Bereitstellung räumlicher Kapazitäten für weitere Akteure wie bspw. die Bürgerstiftung. Bei positivem Gesprächsverlauf ist ein Konzept zu erarbeiten und der SVV zur Beratung vorzulegen. Ein Zwischenbericht soll der SVV im März 2023 vorgelegt werden. Der Antrag wurde zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen.

Mieter:innen langfristig schützen? Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen

Um die Preisspirale auf dem Mietmarkt zu durchbrechen, muss die Landeshauptstadt Potsdam schneller Maßnahmen zum Schutz der Mieter:innen ergreifen. Dazu zählt neben der aktuell angelaufenen Überarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes, u.a. die Umsetzung der seit vielen Jahren angedachten Milieuschutzgebiete. Die Erarbeitung der Sozialerhaltungssatzung am RAW – Gelände zeigt, dass ein solcher, rechtssicher zu gestaltender Prozess viel Zeit in Anspruch nimmt. Umso wichtiger ist es, durch Voruntersuchungen in die langfristige Planung einzusteigen und schnellstmöglich festzustellen, welche Schritte als nächstes eingeleitet werden müssen. Weitere durch die Stadt zu ergreifende Maßnahmen sind die Stärkung gemeinwohlorientierter Wohnungsmarktakteure durch Anlauf- und Beratungsstellen und die Etablierung einer gut zugänglichen Meldestelle für Leerstand und Zweckentfremdung.

Darum haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, der Bekämpfung des Mietanstiegs oberste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen durch entsprechende organisatorische Maßnahmen bereitzustellen. Der Stadtverordnetenversammlung ist der personelle Mehrbedarf zur Erledigung der hier festgehaltenen Maßnahmen bis zum Ende des 1. Quartals 2023 mitzuteilen.

Pop-Up-Radwege in Potsdam

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig - spätestens jedoch bis zum 31.03.2023 - temporäre Radfahrstreifen (Pop-Up-Radwege nach Berliner Vorbild) in folgenden Bereichen probeweise einzurichten:

a. Heinrich-Mann-Allee zwischen Horstweg und Bahnübergang Rehbrücke

b. Horstweg zwischen Heinrich-Mann-Allee und Großbeerenstraße

Zusätzlich zur farblichen Markierung soll dabei eine provisorische Trennung der Fahrbahnbereiche durch Mini-Baken o.ä. sichergestellt werden.Begleitend zur temporären Maßnahme wird Verkehrsteilnehmer:innen die Möglichkeit gegeben, im Rahmen einer Onlinebefragung Rückmeldung zu Veränderungen im Nutzungsverhalten und Sicherheitsempfinden zu geben.

Beide Streckenabschnitte gehören zu den Hauptrouten der Radverkehrsnetzes und sind Priorität 1 Maßnahmen des verabschiedeten und in der Umsetzung befindlichen Radverkehrskonzepts von 2017-2025. Im Rahmen der Erprobung soll durch die Verwaltung exemplarisch auch direktes Nutzer:innenfeedback gesammelt werden. Hierdurch können wertvolle Informationen generiert werden, die ggf. im Rahmen der dauerhaften Maßnahme im Anschluss berücksichtigt werden können.

Soziale Infrastruktur in Krampnitz vor Wohnungen



In Krampnitz fand am 24.11. Richtfest der ersten Grundschule mit Kita, Hort und Sporthalle statt. Der kommunale Entwicklungsträger Potsdam, der Krampnitz entwickelt und in den DIE LINKE mich 2019 auch in den Aufsichtsrat entsandte, lud dazu ein. Die Grundschule vereint ein historisches Kasernengebäude mit verbindenden Neubauten, u. a. einer in die Erde eingelassenen großen Sporthalle, die künftig nicht nur Krampnitzern offensteht, sondern auch Entlastung für die Sportvereine der umliegenden Ortsteile schaffen kann, deren Hallen gnadenlos ausgelastet sind. Erfreulich ist auch, dass hier der 1. kommunale Hort seit Jahrzehnten geplant ist – ein Schritt zu mehr Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, eine Kernforderung der LINKEn.

Das Richtfest war das 1. im Entwicklungsgebiet Krampnitz und daran wird deutlich, dass die Stadt diesmal den richtigen Schritt zuerst macht: Die Grundschule und die Kita sind mit den 1. Wohnungen fertig und damit als Erstes da – unabdingbar, denn die umliegenden Schulen und Kitas sind ausgelastet. Wenn dies bei der verkehrlichen Anbindung, der nachhaltigen Energieversorgung, dem Naturschutz am Rande der Döberitzer Heide und der weiteren sozialen, aber freiwilligen Infrastruktur ebenso gelänge, wären viele Probleme mit dem neuen Großviertel Krampnitz schon gelöst. Leider hängt die Straßenbahn jedoch weiter in den Seilen und das Kiezbad Nord stehen ebenso wie ein Musikschul- und Bibliotheksstandort noch in den Sternen. Auch hier muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen, und zwar bevor die meisten Bewohner*innen da sind – auch um die versprochene autoarme Stadt der kurzen Wege in Krampnitz umzusetzen.

Tina Lange

Unterwegs am 1.12. - WeltAIDSTag



Weltweit leben etwa 38 Mio Menschen mit #HIV. Nicht alle haben Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten und noch immer erleben sie Ausgrenzung. Respekt und Solidarität statt Diskriminierung. Menschen mit HIV können so leben wie alle anderen. Und würden dies gern. Aber Unwissenheit und Vorurteile machen ihnen das Leben oft unnötig schwer. Dagegen helfen Aufklärung und das macht die @Aidshilfe Potsdam täglich. Danke für euer Engagement. Als Unterstützer bei der Spendensammlung fungierten wieder Anita Tack, unsere Ex-Ministerin, und Sascha Krämer, Geschäftsführer der Fraktion Sozial.DIE LINKE.

Neue Kontaktdaten der Fraktion:

Fraktion Sozial.DIE LINKE.SVV Potsdam

Stadthaus, R. 3.107

Friedrich-Ebert-Str. 79/81

14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Handy: 0179 9126997

Termin für telefonische Bürgersprechstunde Dezember

Dr. Sigrid Müller Fraktionsvorsitzende

Mittwoch, 23. Dezember
16.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 17.01.2022,
16.00 – 18.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer Fraktionsgeschäftsführer

werktags von
10.00 bis 15.00 Uhr

Stadthaus, R. 3.107, Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in 14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3: 21.11.; 28.11.; 5.12.; 9.12.; 16.12.

jeweils 18 Uhr

Nächste SVV:

25.1. 15 Uhr
IHK Potsdam in der Breitenstraße

E-Mail

sozial.dielinke@rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Autonomes
FRAUENZENTRUM
Potsdam e. V.

Autonomes Frauenzentrum für Koordinierung u. Fallkonferenzen gegen häusliche Gewalt

Vor allem ein Femizid im Stadtteil Waldstadt beschäftigt die Potsdamer*innen: am 1. März 2022 wurde eine Frau von ihrem Ex-Partner getötet. Der Fall zeigt, wie sehr es bis heute an Vernetzung und Koordinierung in Fällen häuslicher Gewalt fehlt. So war der mittlerweile zu 14 Jahren Haft verurteilte Täter bereits in der Vergangenheit wegen mehrerer Angriffe auf frühere Partnerinnen vorbestraft, aufgrund psychischer sowie Suchterkrankung im Maßregelvollzug, schließlich auf Bewährung unter Führungsaufsicht. Trotz dieses Polizeieinsatzes, trotz einer Warnung durch die Bewährungshelferin und obwohl die behandelnde Klinik eine erneute Einweisung beantragte, entschied sich das Landgericht Frankfurt/Oder gegen eine Einweisung. Eine Gefährdung der Ex-Partnerin wurde dabei billigend in Kauf genommen. Einige Wochen nach der Verhandlung tötete der Mann seine Ex-Partnerin.

Zum Umgang mit Fällen wie diesem gibt es Fallkonferenzen zur Risikoeinschätzung. Ziel der Fallkonferenz ist es, die von Gewalt betroffene Person zu schützen und alle dazu notwendigen Maßnahmen einzuleiten und miteinander abzustimmen.

„Bei häuslicher Gewalt müssen wir uns immer das ganze Bild anschauen. Jede Begebenheit, jede Information kann wichtig sein. Das funktioniert nur im Austausch miteinander“ sagt Heiderose Gerber, Geschäftsführende Vorstandsfrau des Autonomen Frauenzentrums. Die Koordinierung aller Stellen, die mit häuslicher Gewalt in Kontakt sind, ist Teil der Istanbul Konvention und damit verpflichtend, sei es im Rahmen einer Fallkonferenz oder in einem anderen Format.

Rückblick: Das Jahr 2021 in den Gewaltschutzeinrichtungen Potsdams

Im Potsdamer Frauenhaus fanden 2021 insgesamt 28 Frauen und 22 Kinder Schutz und Hilfe. Der Bedarf ist jedoch um ein Vielfaches höher: 67 von Gewalt betroffene Frauen konnten aufgrund fehlender Plätze nicht aufgenommen werden; weitere 21 Frauen aufgrund der sehr angespannten Personalsituation. Sie wurden an andere Einrichtungen vermittelt. Das bedeutet: Neben den räumlichen Kapazitäten fehlt es an einer Finanzierung für eine Stellenbesetzung, die den vielfältigen Aufgaben entspricht.

Die Frauen, die im Potsdamer Frauenhaus Schutz fanden, sind jung: 36 Prozent von ihnen waren jünger als 25, 36 Prozent zwischen 30 und 40 Jahren alt. Der Großteil der Frauen (82 Prozent) suchten vor dem eigenen Ehemann oder Lebenspartner Schutz. 25 Prozent erlebten (zusätzlich) Gewalt durch Familienangehörige. 46 Prozent der Frauen wurden durch öffentliche Institutionen vermittelt.

Die Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in der Garnstraße in Babelsberg führte 2021 insgesamt 886 Beratungen durch. Inhaltlich ist auffällig, dass unter den verschiedenen Themen der Beratung die häusliche Gewalt stark zugenommen hat: seit 2019 um 30 Prozent.

Die Frauennotwohnung des Vereins war während des Jahres 2021 mit sechs Frauen und drei Kindern fast durchgängig ausgelastet. Sie wird vorrangig von Frauen bewohnt, die aufgrund aktueller oder zurückliegender Gewalterfahrungen einen längeren Betreuungs- und Begleitungsbedarf haben.

Charlotte wurde 109 Jahre – was für ein Leben



Wir trauern um Charlotte Lux - unsere Genossin. Am 28. November 2022 ist sie gestorben. Im Alter von 109 Jahren. Am 13. September 1913 hat sie das Licht der Welt erblickt. Noch vor dem ersten Weltkrieg. Was für ein Leben.

Wir waren in ihrem letzten Lebensjahrzehnt miteinander befreundet. An einem nebligen Dezembertag 2018 – da war sie schon 105! – hat sie uns zum Gleis 17 des Bahnhofs Berlin-Grunewald geführt, das heute Gedenkstätte ist für die mehr als fünfzigtausend Berliner Jüdinnen und Juden, die von den deutschen Faschisten 1941 bis 1943 mit Güterzügen in die Vernichtungslager im okkupierten Osteuropa verbracht worden sind. Charlotte, auf Hör- und Sichtweite neben dem Bahnhof wohnend, hat die brutalen Bilder und Töne der „Abfertigung“ der Züge nie vergessen können.

Und sie hat bewusst und aufklärend immer wieder darüber gesprochen. Hat ihr Leben mit ihrem Mann, der ein Kommunist gewesen ist und im Widerstand gegen die Nazis, in der DDR gestaltet und den Bezug zur Geschichte immer bewahrt. Und: Sie hat mit ihrer Geselligkeit, Lebenskraft und Herzenswärme alle in ihren Bann gezogen. Auch ihren 109. Geburtstag haben wir fröhlich mit ihr in ihrem Wohnzimmer gefeiert. Sie wird uns fehlen.

Anita Tack und Wolfram Adolphi

Anmerkung der Redaktion: Im Wolfram Adolphis Roman „Hartenstein“ gibt es das in Gemeinsamkeit mit Charlotte entstandene und ihr gewidmete Kapitel „Ricarda“. Es ist als Hörbuch auf der Website asiaticus.de zu finden.

Klimaschutz konkret: Staudenhof erhalten!

Die Klimakrise schreitet voran. Das 1,5-Grad-Ziel ist laut einiger Klimaforscher nicht mehr erreichbar. Deshalb müssen wir alles Erdenkliche tun, um das Klima wirksam zu schützen – das gilt erst recht für die Baubranche. Unter Wissenschaftler:innen, Architekt:innen und Stadtforscher:innen setzt sich aus diesem Grund verstärkt die Erkenntnis durch, stärker mit nachhaltigen Materialien zu bauen, weniger Flächen zu versiegeln und Bestand zu erhalten bzw. zu ergänzen, statt abzureißen. Eine Trendwende zeichnet sich ab: Weg vom Bauboom der letzten Jahre mit schnell wachsenden Betonneubauquartieren, noch schneller wachsenden Profiten und klimaschädlichen Treibhausgasemissionen – hin zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Stadtentwicklung, die bestehende Quartiere lebenswerter gestaltet, mehr Grün schafft und Quartiere für alle zugänglich erhält.

Trotzdem hält eine Mehrheit der Potsdamer Stadtverordneten noch immer an den klimaschädlichen Plänen zum Abriss des Staudenhofes fest, obwohl die Landeshauptstadt Potsdam 2019 den Klimanotstand ausgerufen hat. Abriss und neobarocker Neubau zerstören nicht nur wertvolle moderne DDR-Architektur und zahlreiche Sozialwohnungen mitten in der Innenstadt, sie zerstören vor allem das Klima. Das absurde daran ist, dass dies alles auch noch staatlich subventioniert wird. Denn in der Brandenburger Landespolitik ist die Trendwende noch lange nicht angekommen. Nach wie vor fördert das Land Abriss und Neubau mit Krediten und Zuschüssen, während es für Sanierungen ausschließlich zurück zu zahlende Kredite gibt. Das ist besonders absurd, weil die Fördertöpfe des Landes, die diese Bevorteilung von Neubau ggü. Sanierungen bezuschussen, sich aus den zwei Bundesprogrammen zur Förderung von sozialem und klimagerechtem, sozialem Wohnungsbau speisen. Bessere Konditionen für



Sanierungen sind also dringend geboten – auch zur Rettung des Staudenhofes. Denn hier würde es die komplette Berechnungsgrundlage, deren Plausibilität ohnehin angezweifelt wird, auf den Kopf stellen. Da jedoch weder das Land, noch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in den vergangenen Monaten auf unsere politischen Argumente reagiert und den Abriss des Staudenhofs auch nur überdacht haben, ist es so wichtig, dass stadtpolitisch Aktive den Schulterschluss mit Wissenschaftler:innen und Architekt:innen gesucht haben, um dafür zu kämpfen, dass der Staudenhof das erste Gebäude einer neuen Ära wird, in der nicht mehr abgerissen werden. Auch Mitglieder unseres Kreisverbandes, wie Anita Tack und Anja Günther haben sich in diese Initiative von Anfang an eingebracht. Ob die Breite der Initiative ihre Wirkung zeigt und den Abriss tatsächlich verhindert, wird sich zeigen. Der Druck wächst auf jeden Fall spürbar.

Isabelle Vandre (MdL)



Spitzenreiter: kein städtisches Geld für Garnisonkirche

Mehr als 14.000 Menschen haben beim Bürgerhaushalt 2023/24 mitgemacht. Nach der finalen Auszählung aller abgegebenen Punkte, standen die 20 wichtigsten Vorschläge der Potsdamerinnen und Potsdamer fest. Erneuter und deutlicher Spitzenreiter ist die Forderung, auch im Haushalt 2023/24 kein städtisches Geld für die Garnisonkirche (12.071 Punkte) einzuplanen. Dahinter folgen der Auftrag, durch effizientere Prozesse und Digitalisierung, zukünftig Kosten zu sparen (8.262 Punkte) sowie der Wunsch zur Finanzierung einer Jugend- und Freizeitfläche zwischen Hauptbahnhof und der Langen Brücke (8.105 Punkte). Auch befinden sich Forderungen nach Verbesserungen im Bürgerservice (5.934 Punkte), einer höheren Finanzierung freiwilliger Feuerwehren (5.465 Punkte) und die Sicherung von Kleingärten (5.327 Punkte) auf der Liste. Beim Thema Verkehr wird die Planung einer Umgehungsstraße (5.391 Punkte), ein sicherer Radweg zwischen den Ortsteilen Marquardt und Satzkorn (5.189 Punkte) und ein Konzept für Fahrradschnellwege (3.741 Punkte) gefordert.

In der Kategorie „Investitionen“ erhalten zudem die Wünsche nach einer städtischen Halle zur freien Nutzung für Vereine und Sportgruppen (7.722 Punkte), nach einem Freibad im Potsdamer Norden (6.790 Punkte) sowie zum Erhalt des Wohnblocks „Staudenhof“ in der Innenstadt (6.602 Punkte) die meisten Stimmen.

Beim Thema „Haushaltssicherung“ sollen nach dem Willen der Bürgerinnen und Bürger Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung (6.946 Punkte) beschlossen werden. Auch wird für eine Gewinnausschüttung der Stadtwerke (4.602 Punkte) plädiert und dass in den historischen Schlossparks Eintritt, anstatt einer Förderung der Stadt, gezahlt wird (4.489 Punkte).

Als Maßnahmen des laufenden Haushalts sind Anregungen nach einer Energieleitplanung aus regenerativen Quellen (3.113 Punkte), ein Erhalt der Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel (2.982 Punkte) sowie die Bildung eines Teams für Klimaschutz und Energiesicherheit (2.944 Punkte) vertreten. Daneben soll die Stadtverwaltung den Dialog mit der Schlösserstiftung zur öffentlichen Nutzung des Babelsberger Parks suchen (2.324 Punkte). Nicht zuletzt wird vorgeschlagen, zukünftig Patenschaften anzubieten zur gemeinsamen Baumpflege in der Stadt (2.232 Punkte).

Die 20 wichtigsten Vorschläge der Potsdamerinnen und Potsdamer wurden am 7. Dezember 2022 offiziell den Stadtverordneten übergeben.

Das vollständige Ergebnis der Abstimmung ist online nachlesbar unter www.Potsdam.de/Buergerhaushalt.

GMV erkennt neue Fraktion an und setzt sozialpolitische Akzente



Kleine und große, interne und allgemeine Fragen stellten sich den anwesenden ca. 120 Genoss:innen auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 26. November im Bürgerhaus am Schlaatz. Und auch wenn wir auf der Versammlung in der Sache hart miteinander diskutiert haben, wurden die wegweisenden Beschlüsse mit großer Einigkeit gefällt. So kam unsere Mitgliedschaft überein, dass der neue Zusammenschluss Sozial.DIE LINKE fortan die vertretungsberechtigte Fraktion unserer Partei in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung ist.

Gleichwohl sind nach wie vor alle Stadtverordneten, die über die Liste der LINKEN zu Stadtverordneten gewählt wurden, dazu aufgerufen, unser Kommunalwahlprogramm umzusetzen. Als Gesamtpartei werden wir dies nach Kräften unterstützen und weiterhin dort Akzente setzen, wo aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf besteht. In diese Richtung geht auch der mit großer Mehrheit verabschiedete Leitantrag. „Potsdamer:innen können es sich nicht mehr leisten, die geforderte Miete zu zahlen oder die Wohnung zu heizen, können keine warme Mahlzeit zubereiten oder den Kühlschrank füllen.“, heißt es in dem vierseitigen Papier. Untersetzt ist dieser mit einer Reihe sozialpolitischer Forderungen an die Stadt Potsdam. So fordern wir einen Mietenstopp bis 2024 bei der ProPotsdam, das Aussetzen aller Strom- und Gassperren, die Einführung eines stadtweiten, kostenlosen ÖPNV sowie die energetische Sicherung der sozialen Infrastruktur unserer Stadt. Keine Familie, kein Kindergartenkind und kein:e Rentner:in dieser Stadt soll frieren oder hungern.

Dass der Druck der Potsdamer LINKEN wirkt, zeigte sich bereits unmittelbar vor der Gesamtmitgliederversammlung. Denn der linken Forderung nach einer auskömmlichen Ausstattung der Potsdamer Tafel war das Rathaus bereits nachgekommen.

Alle Beschlüsse der GMV können hier nachgelesen werden: dielinke-potsdam.de/partei/mitgliederversammlung/gmv-26112022/

Babelsberg 03 lädt zum Weihnachtssingen 2022



Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause laden Babelsberg 03 und das Oberlinhaus am 22. Dezember wieder in des Karl-Liebknecht-Stadion zum traditionellen Weihnachtssingen. Für die musikalische Begleitung sorgen das Kiezorchester Babelsberg sowie der Chor „The Mamas and some Papas“, die alle Gäste dazu animieren, fröhlich mitzusingen. Einen Vorgeschmack aus dem Jahr 2019 gibt es im [Nulldrei TV]. Karten befinden sich im Online-Vorverkauf.

Bye, Bye Martina!

Martina Trauth wird neue Sozialdezernentin und zweite Stellvertreterin des Oberbürgermeisters in Schwerin. Vierzehn Bewerber:innen hatten sich für den Posten beworben – Martina wurde gewählt. Martina Trauth hat bisher als Gleichstellungsbeauftragte in unserer Landeshauptstadt Potsdam gearbeitet. Sie war in der Stichwahl 2018 zum Oberbürgermeister als LINKE Kandidatin nur dem heutigen OB Schubert unterlegen. Martina fungierte außerdem als Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE an der Seite von Roland Gehrmann. Die Potsdamer LINKE wünscht Martina Trauth auf ihrem weiteren Lebensweg vor allem Erfolg. Roland Gehrmann setzt hinzu: „Liebe Martina, wir wünschen Dir für dieses spannende neue Tätigkeitsfeld alles Gute und bedanken uns für Dein verdienstvolles Wirken hier vor Ort! Die Genoss:innen in Schwerin können sich mit Sicherheit auf Dich freuen!



+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Vorsicht! Hier wird scharf geschossen...
Glossiert: Methaphorisches aus der „Fußballsprache“

Schaut man den Sportkommentatoren aller Medien einmal genau auf den Mund, dann erweckt die Wortwahl schon oft den Eindruck, es ginge im Fußball um mehr als nur darum, „das Runde ins Eckige“ zu befördern und am Ende die drei Punkte mitzunehmen. Es wird gestürmt und verteidigt, geschossen und gefeuert, eingekesselt und niedergerannt. Die Kriegsmetaphorik im Fußballsport ist schon seit Langem Methode. Gerd Müller war damals z. B. der „Bomber der Nation“, der regelrecht explodiert ist, wenn ein wichtiges Spiel anstand und es ums nackte Überleben ging. Zur WM 2022 waren zahlreiche Kämpfe auszufechten. Bloß nicht abschlachten lassen, könnte die Devise lauten. Wenn die Mannschaft siegreich vom Feld gehen will, dann kommt es darauf ankommen, im Kampf Mann gegen Mann zu bestehen. Und die Taktik muss stimmen: Versuchen, den Gegner einzukesseln, von den Flanken her angreifen, die gegnerische Abwehr in die Flügelzange nehmen. So könnte es klappen.

Mit technischen Begriffen geht’s weiter. Grundvoraussetzung für den Erfolg einer Mannschaft sind nicht nur die so genannten Arbeiter auf dem Spielfeld, sondern vor allem auch die Balltechniker. Sie müssen dafür sorgen, dass das Spiel schnell auf Touren kommt, das Spiel ankurbeln, mit ihren schön anzusehenden Einzelaktionen auch die Zuschauer motivieren, den Hexenkessel also anheizen. Der Gegner muss ausgeschaltet, im eigenen Team hingegen schnell von Abwehr auf Angriff umgeschaltet werden. Die Grunddevise lautet: 90 Minuten Gas geben, auch mal den Turbo einschalten. Fußball ist also nicht nur Fußball, sondern im Grunde viel mehr. Das Spiel „Elf gegen Elf“ auch ein Naturphänomen, wenn etwa ein junger Spieler wie ein Komet nach oben schießt, oder Medizin, wenn es im Angriff kränkelt. Es hat auch etwas von Küchenrhetorik, wenn aus der Gurkentruppe mit raffinierten Bananenflanken Gulasch gemacht wird. Anleihen nimmt der Fußball zudem in anderen Sportarten, wenn zum Beispiel von Rasenschach die Rede ist oder eine Mannschaft bemüht scheint, den Gegner niederzuringen.

Sei es wie es sei – ich wünsche Ihnen viel Spaß.... Bernd Martin

Skizzen, Studien und Portraits – im Lothar-Bisky-Haus

Ende November 2022, wurde die Ausstellung „Skizzen, Studien und Portraits“ des Malers und Grafikers Kurt-Hermann Kühn (1926-1989) im Lothar-Bisky-Haus eröffnet. Kühn lebte und wirkte bis zu seinem Tod 1989 in Potsdam und Umgebung. Von 1953 bis 1970 war Kühn Dozent an der Fachschule für Werbung und Gestaltung Berlin. Danach war Kühn bis zu seinem Tod 1989 freischaffend als Maler und Graphiker tätig. Während dieser Zeit war er 22 Jahre lang auch ehrenamtlicher Vorsitzender des Bezirksverbandes Potsdam der bildenden Künstler (VBK). Er wäre im September 2022 sechsundneunzig Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass zeigt DIE LINKE.Brandenburg in ihren Räumen über 60 ausgewählt Zeichnungen des Künstlers. Die Ausstellung ist während der Bürozeiten von Montag bis Freitag bis zum 28. Februar 2023 zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

„Tote Winkel“ von Sophie Sumburane

Es ist kein klassischer Kriminalroman, den die Potsdamerin Sophie Sumburane schrieb. Es geht um häusliche Gewalt, um Vergewaltigung. „Es geht mir aber vor allem um die Frage: Was macht das eigentlich mit den Menschen? Was macht das mit den Angehörigen des Opfers?“, sagt die Autorin. „Ich finde, das wird einfach viel zu selten beleuchtet – aber ich finde es wichtig, den Menschen, die davon betroffen sind, eine Stimme zu geben, und dieses Thema ans Licht zu holen.“ Daher auch der Titel des Buches: „Tote Winkel“.

Deutschlands wichtigste Krimi-Experten hat die Potsdamerin bereits überzeugt: Im Oktober landete „Tote Winkel“ auf der Krimi-Bestenliste des Deutschlandfunks. Doch als „Tote Winkel“ Anfang September 2022 frisch auf dem Markt war, hatte die Potsdamer Autorin Corona. Nun werden einige Lesungen nachgeholt

Verlag/Hersteller: Edition Nautilus,
ISBN: 9783960542995



++Termine ++ Termine++

04.01.2023
kostenlose Rechts- und Sozialberatung 17-19 Uhr, rotbloq, Zeppelinstr. 7

13.01.2023 um 19 Uhr
Roter Stammtisch, Nowawes, Großbeerenstr. 5

14.01.2023 um 11 Uhr
Subbotnik am Karl-Liebknecht-Gedenkstein, Reiherbergstr./Karl-Liebknecht-Str., Golm

15.01.2023 um 11 Uhr
Gedenken an Rosa und Karl, Spartakus-Denkmal, Lustgarten

25.01.2023 um 18:30 Uhr
feministischer Stammtisch zu den Vorbereitungen des Frauenstreikbündnisses
rotbloq, Zeppelinstr. 7